

vierteljährlich im Stadt- und Nachbarbezirk... 2.10, außerhalb 2.30... monatlich 1.00... halbjährlich 5.00... jährlich 10.00...

Begründet 1877.



Einmalige Blatt... 10 Pf. ... monatlich... 2.00 ... halbjährlich... 10.00 ... jährlich... 20.00...

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

№ 272 Druck und Verlag in Albstadt. Dienstag, den 19. November. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1918.

Bekanntmachung

des Stellv. Generalkommandos XIII. A. K.

Die sämtlichen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke usw. sowie die Waffen sind Eigentum des Staates und dürfen weder verkauft noch zerstückt oder preisgegeben werden.

Alle diese Gegenstände sind bei den Gefahrgruppentellen, Bezirkskommandos, Waffensammelstellen oder in den Orten, in welchen keine Truppenteile oder militärische Behörden vorhanden sind, bei den Schultheißenämtern abzugeben.

Zu widerhandlungen gegen diesen Befehl werden strenge bestraft.

Auch alle Zivilpersonen, die derartige Gegenstände kaufen, erwerben oder aufbewahren, machen sich der Bekehrer schuldig und strafbar.

Stuttgart, den 17. Nov. 1918.

gez. G. v. S. J. A. gez. v. Stroebel, Generalmajor.

Schwarz-Rot-Gold.

Im Hamburger Fremdenblatt lesen wir:

In das Chaos der letzten Tage beginnt langsam Ordnung und Uebersicht zu kommen. Nach Auflösung anderer Aktionsausschüsse, die in den ersten Tagen überall aus eigener Willkür aufstachen, gibt es jetzt nur den einheitlichen Vollzugsausschuß der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, der sich im Herrenhause als die derzeit höchste Vertretung der revolutionären Gewalt Deutschlands niedergelassen hat.

Auch der staatsrechtliche Aufbau der neuen Regierung beginnt nun erkennbare Formen anzunehmen. Der Vollzugsausschuß des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats ist etwa dem früheren Hauptauschuß des Reichstags zu vergleichen, während der Arbeiter- und Soldatenrat selbst als vorläufiger Erjay für den Reichstag eine Art provisorisches Parlament bildet.

In der Praxis ist diese Theorie freilich noch nicht ganz durchgeführt, sofern der Vollzugsausschuß noch nicht ganz konsequent verfährt, sich in allen Fällen der Vermittlung der Reichsregierung, bzw. der in Kraft bleibenden Verwaltungsbehörden zu bedienen.

Die zweite große Frage betrifft die verfassungsgebende Versammlung. Sie war und ist der Kernpunkt des Gegenjages innerhalb der sozialistischen Richtungen. Denn die radikalen Richtungen, und ursprünglich auch die Unabhängigen, haben kein Hehl daraus gemacht, daß sie die rein sozialistische Partei-Diktatur der wahren Demokratie vorziehen.

Wenig anderes will, als Frieden und ein reines, ordentlich hergerichtes Haus zur Aufnahme ihrer kämpfenden Brüder draußen, die jetzt heimkehren sollen. Wir können den Soldaten gar nicht dankbar genug sein für die Ruhe und Märsch, mit der sie, unpolitisch wie sie sind, doch die höchste politische Weisheit gezeigt haben, die von der Stunde verlangt wurde, als sie Einigkeit und demokratische Ordnung verlangten.

Die Umwälzung im Reich.

Erkennung der vorläufigen Regierung durch Prinz Eitel-Friedrich.

Berlin, 18. Nov. An den Anschlagäulen in Potsdam ist folgender Anschlag zu lesen: „Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen nur das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes. Prinz Eitel-Friedrich.“

Rückkehr des Kaisers.

Berlin, 18. Nov. Angeführt der feindlichen Meinung eines Teils der holländischen Bevölkerung ist es, wie verlautet, nicht ausgeschlossen, daß der Kaiser nach Potsdam zurückkehrt.

Der Kaiser soll infolge der Aufregungen bettlägerig sein.

Der Gruß des KKA. an Hindenburg.

Berlin, 18. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Kassel veröffentlicht folgende Erklärung: „Wähler und Soldaten! Heute trifft der Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit Offizieren und Mannschaften des Großen Hauptquartiers in Kassel ein, um von Wilhelmshöhe aus die Ausrüstung unserer Truppen zu leiten. Hindenburg gehört dem deutschen Volke und dem deutschen Heere. Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt und sein Volk in schwerer Stunde nicht verlassen.“

Kopenhagen, 17. Nov.

Der frühere Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin mit Gemahlin und zwei Söhnen ist gestern Abend mit dem Berliner Buge hier eingetroffen und vom König und der königlichen Familie empfangen worden.

Das rote Kreuz.

Berlin, 18. Nov. Der stellv. Militärinspekteur der freiwilligen Krankenpflege setzt seine Tätigkeit weiter fort. Alle seine Anordnungen für seinen Dienstbereich erfolgen im Auftrag des Kriegsministeriums. Die ausgestellten Anweisungen sind wie bisher von den Behörden anzuerkennen. Das rote Kreuz auf welchem Grunde ist als internationales Abzeichen des Genfer Abkommens weiter zu tragen.

Der Rückmarsch.

Berlin, 18. Nov. Von der Westfront wird berichtet, daß die Divisionen der Front den Rückmarsch in vollkommener Ordnung ausführen, nur bei den Clappentruppen, die teilweise sich in Bewegung gesetzt haben, ohne den Befehl abzuwarten, herrsche Unordnung.

Die Armee Madensen.

Budapest, 18. Nov. Die ungarische Regierung wird dem Durchmarsch der Armee Madensen Erleichterungen gewähren, wenn Deutschland sich zur Vierterung

von Kohlen verpflichtet. (Diese Erleichterung ist wohl der Dank für die zweimalige Errettung Ungarns aus Feindeshand. D. Schr.)

Entlassungen in der Marine.

Berlin, 18. Nov. Jeder Mann, der ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mark Entlassungsgeld.

Die Entrichtung der Steuern und Abgaben.

Berlin, 18. Nov. Es wird darauf hingewiesen, daß die bisherigen Gesetze und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Regierung aufgehoben sind, in Kraft bleiben und von jedermann zu beobachten sind, wie auch jedermann im ungestörten Genuß der ihm dadurch gewährten Rechte verbleibt. Danach besteht für alle Staatsangehörigen die Verpflichtung zur Entrichtung der bisherigen Steuern und Abgaben unverändert fort.

Aufhebung der deutsch-schweizerischen Handelsbeschränkung.

Bern, 18. Nov. (Schweiz. Dep.-Ag.) Die deutsche Regierung hat dem Bundesrat die Erklärung abgegeben, daß sie nach Einstellung der Feindseligkeiten auf den Weiterbestand der Schweizerischen Freihandelsstelle, sowie jegliche Kontrolle verzichtet. Damit fallen alle Beschränkungen des Wirtschaftsverkehrs zwischen Deutschland und der Schweiz bezüglich Benennung und Wiederausfuhr von Waren, die aus oder über Deutschland in die Schweiz eingeführt werden, fort.

Der Vorfrieden.

Berlin, 18. Nov. Dem „Vorwärts“ zufolge wird der Beginn der Verhandlungen über den Vorfrieden kaum vor Ende dieses Monats zu erwarten sein. Die Verhandlungen werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen bis Ende Januar beendet sein.

London, 18. Nov.

„Morning Post“ bestätigt, daß England und Frankreich bereit seien, einen Vorfrieden abzuschließen. Die Bedingungen seien Wilson mitgeteilt worden.

Vorbereitungen für die Friedenskonferenz.

Tokio, 18. Nov. (Reuter.) Die Botschafter in London und Paris, Chinda und Matsui, sind zu Vertretern Japans auf der Friedenskonferenz ernannt worden.

Republikanische Bürgerwehr.

Berlin, 18. Nov. Der Kommandant von Berlin, Weis, fordert die Soldaten auf, zur Aufrechterhaltung von Ordnung, Freiheit und Ruhe eine republikanische Bürgerwehr zu bilden, die sich für längere Zeit verpflichtet und ausreichend besoldet und versorgt werden soll.

Groß-Deutschland.

Berlin, 17. Nov. Heute nachmittag fand eine Massenkundgebung für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die Deutsche Republik statt. Zu Beginn der Versammlung gelangte eine Begrüßung der Berliner Universität zur Verlesung, die mit einem Gruß an die deutsch-österreichischen Universitäten den Wunsch nach der gemeinsamen verfassungsgebenden Versammlung auspricht.

Parteivereinigungen.

Berlin, 18. Nov. Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei hat der Vereinigung mit der Nationalliberalen Partei zugestimmt.

Wie verschiedene Morgenblätter erfahren, haben am Samstag Einigungsverhandlungen zwischen den Deutschkonservativen und Freikonservativen stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß die beiden Parteien sich verschmelzen und in Zukunft gemeinsam auftreten werden.



Parteilandgebung.

München, 18. Nov. Die deutsche Volkspartei in Bayern lehnt in einer Erklärung jeden Versuch, das Volk wiederherzustellen, ab. Sie verlangt die schleunige Einberufung der Nationalversammlung, Aufrechterhaltung der Ordnung und Einordnung der Krieger ins Erwerbsleben. Ein großes Deutschland soll das Gleichgewicht zwischen Nord und Süd herstellen; Freiheit des Wirtschaftens und der Person sollen gewährleistet und das Erziehungswesen freiheitlich und einheitlich aufgebaut werden. Die Kriegsgewinne seien scharf zu erfassen und die Fideikommiss abzuschaffen. Deutschland soll in den Völkerbund eingegliedert werden.

Berlin, 18. Nov. Graf Reventlow schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“: Mit den Personen (der Parteien) ist auch das System endgültig verschwunden und man muß sich darüber klar sein, daß der nationale Geist um so höhere und zwingende Pflicht hat, zu leben, zu wachsen und das ganze Volk zu durchdringen. Er hat mit Parteien, Klassen und Berufen nichts zu tun. Die Führer einer wirklich sozialen Republik müssen den nationalen Geist hochhalten, das würde die Stellung des deutschen Volkes in den internationalen Beziehungen stärken. — Das Blatt hat die Worte „Für Kaiser und Reich“ an der Spitze durch „Für das deutsche Volk!“ ersetzt.

Die Übergabeverhandlungen der Marinekommission.

London, 18. Nov. (Reuter.) Der Sachverständige der deutschen Republik, Admiral Meurer, und sein Stab wurden an Bord des Flaggschiffs des Admirals Beatty, „Queen Elizabeth“ am Freitagabend empfangen. Der deutsche leichte Kreuzer des Admirals Meurer und der Delegierten traf am Freitag nachmittag an dem auf drahtlosem Wege vereinbarten Treffpunkt auf der See ein und wurde zum Firth of Forth geleitet. Hier wartete ein Zerstörer und brachte Meurer und seinen Stab auf die Queen Elizabeth. Meurer wurde an Bord von Kommodore Brand empfangen und wurde zur Kabine Beatts geleitet, wo die Konferenz am Samstag aufgenommen und heute beendet wurde. In Meurers Stab befanden sich der Kommandant der Zepeline und der Kommandant der Tauchboote. Die bürgerlichen Delegierten blieben an Bord des Kreuzers Königsberg.

Die „dide Verta“ ausgeliefert.

Berlin, 18. Nov. Dem „Berl. Volant“ wird aus Paris gemeldet: Die Deutschen haben mit der Auslieferung der „dide Verta“ begonnen. Der größte Teil der Komonen besteht aus Feldgeschützen. Später kommt die schwere Artillerie an die Reihe, darunter die 42-Centimeter-Kanonen.

Neues vom Tage.

Zur Lage im Osten.

Berlin, 18. Nov. Die Lage im Osten gibt zu ersten Besorgnissen Anlaß. Der Volksgesundheitsrat des Arbeiter- und Soldatenrats beriet über die zu ergreifenden Maßnahmen. Um in den Ostprovinzen des Reichs, in denen die Polen ihre Herrschaft aufrechten, die Ordnung zu erhalten, fehle es an den nötigen Machtmitteln. Die Bandenstaaten sollen geräumt werden.

Berlin, 18. Nov. Die deutsche Reichsleitung hat die russische Sowjetregierung verständigt, daß eine Vertretung der Letzteren in Berlin vorläufig nicht wünschenswert sei.

Die Neuordnung im Osten.

Kiew, 18. Nov. Der ukrainisch-rumänische Wirtschaftsvertrag ist laut ukrainischer Tel.-Ag. in Jassy ratifiziert worden. Zeitungsmeldungen zufolge beginnt heute in Jassy eine große politische Beratung, die das weitere Schicksal Rußlands und das Verhältnis der Entente zu den russischen Einzelstaaten klären soll. Aus Kiew werden angesehene Vertreter der Rechten, der Gemäßigten und einiger demokratischer Organisationen und aus Jelazetnodar der frühere russische Außenminister Sazonow nach Jassy abreisen. Dort sind bereit Vertreter der Ufa-Regierung eingetroffen. Auch die nationalukrainischen Parteien entsenden Vertreter. (Rußland soll zu einem „Föderationsstaat“ ausgebaut werden, zu dem sich die verschiedenen neu gebildeten Republiken unter Wahrung ihrer Selbständigkeit zusammenschließen wollen.)

Die Verteidigung des Erzherzogs Joseph.

Budapest, 18. Nov. Erzherzog Joseph leitete vorgestern den Eid auf die ungarische Republik. Die Eidesformel lautet: Ich, Joseph von Habsburg-Lothringen, kläre zum allmächtigen Gott, daß ich ein treuer Bürger der ungarischen Volksrepublik sein werde, die Verfassung, das Gesetz, die gesetzlichen Gebote und Verordnungen der Republik unter allen Umständen einhalten und die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Landes immer verteidigen werde. — Nach der Eidesleistung bot sich der Erzherzog als Soldat oder Bürger der neuen Republik an.

Die Bewegung in Holland.

Rotterdam, 18. Nov. Der geistige Sozialistkongress ist ruhiger verlaufen, als man erwartet hatte. Der Kongress stellte die Forderung auf, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden bei der Volkvertretung liegen müsse. Der Vorsitzende teilte mit, der Kongress habe einstimmig beschlossen, von der von der radikalen Richtung unter Trotski geplanten Umsturzbewegung abzurufen.

Nach einer Meldung aus dem Haag hat der englische Gesandte die sozialistischen Führer und die Besä in Kenntnis gesetzt, falls es zu Gewalttätigkeiten und Angriffen gegen die Königin komme, werde die englische Flotte die holländische Küste blockieren und die Einfahrt sperren.

Rotterdam, 17. Nov. Der deutsche Staatsangehörige Oränderg, ein Anhänger Liebknechts, der durch revolutionäre Reden in Holland unliebsames Aufsehen erregte, wurde verhaftet.

Miel, 18. Nov. Den während des gestrigen Tages nach der Nordsee ausgelaufenen Linien Schiffen u. Kreuzern folgten heute vormittag die Flotillen der Unterseeboote durch den Kanal. Die Linien Schiffe und Kreuzer sollen am Dienstag nachmittag im Firth of Forth sein.

Posen, 18. Nov. Polizeipräsident von dem Knesebeck hat Posen verlassen.

Reiselustschiff.

London, 18. Nov. Freitag nachmittag Abflug ein neues Personenbeförderungsfloßzeug mit 40 Personen, zum größten Teil Journalisten, die Stadt London. Das Fahrzeug erreichte eine Höhe von 6000 Fuß. Es ist das größte auf der Welt und kann 70 Menschen mitführen.

Revolutionäre Bewegung in Spanien?

New York, 18. Nov. Der Herald meldet, in Spanien befrachte man eine revolutionäre Bewegung. Der König wolle sich den geforderten Reformen nicht widersetzen.

Bern, 18. Nov. Die Streikleitungen in Zürich und Basel erklären, daß sie die Streikleitung in Olten, die nach dem Ultimatum der Bundesregierung den Generalstreik eingestellt hat, nicht mehr anerkennen und die Fortsetzung des Streiks verlangen. Ein zweiter Arbeiterkongress soll einberufen werden.

Bern, 18. Nov. Die Kosten des Generalstreiks werden auf 25 bis 30 Mill. Franken geschätzt.

Aufreizung der Sowjetregierung.

Berlin, 18. Nov. Ein Funkpruch der russischen Regierung an die Arbeiter, Soldaten und Matrosen in Deutschland, worin sie zu bewaffnetem Vorgehen und zur Bildung einer Regierung Vieblich t angefordert werden, lautet: Soldaten und Matrosen! Nehmt die Waffe nicht aus der Hand! Es gilt, mit den Waffen in der Hand die Macht überall wirklich zu übernehmen, und eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosen-Regierung mit Vieblich t an der Spitze zu bilden. Laßt Euch keine Nationalversammlung ausschalten! — An zuständiger Regierungsstelle ist man der Ansicht, daß dieser Aufruf eine unbedeutende Einmischung in die deutschen Verhältnisse bedeutet und außerdem eine Klarstellung des Standpunktes erfordert, den die russische Sowjetregierung gegenüber der deutschen Regierung einnimmt. Das deutsche Volk will mit allen Völkern in Frieden leben, also auch mit dem Sowjetrußland, es kann aber verlangen, daß sein Recht auf Selbstbestimmung seiner staatlichen Verhältnisse allereinst geachtet wird und daß Einmischungen von außen her unterbleiben.

Amthches.

Oberamt Nagold.

Fleischverbrauch in der Woche vom 10. bis 24. November 1918.

Die Heeresverwaltung hat infolge der Demobilisierung die Anforderung von Vieh aus Württemberg für die Versorgung des Heeres verringert. Andererseits sind diese Landwirte wegen Futtermangels genötigt, ihr Vieh rasche abzutöten, wozu noch kommt, daß die derzeitige Verpflegungslage die Abgabe von Fleisch eher erzwängt als diejenige von Vieh als Ersatz in der fleischlosen Woche. Die Fleischverfügungslage hat deshalb angeordnet, daß auch in der Woche vom 18. bis 24. November 1918, welche zunächst als fleischlose Woche vorgesehen war, nunmehr Fleisch in der gleichen Menge wie früher abgegeben wird. Die Abgabe erfolgt gegen die auf der Reichsfleischkarte enthaltene Bezugsmarkte für die in der fleischlosen Woche vom 18. bis 24. Nov. an Stelle der gewöhnlichen Wochenfleischmarkte zu reichenden Ersatz-Lebensmittel. Die Bezugsmarkte ist nur gültig im Zusammenhang mit dem Stammschnitt. Für die auf den Hindertarten enthaltenen Bezugsmarkten, die kleiner sind als diejenigen bei den Volkstorten, wird nur die halbe Menge also 75 g abgegeben. Personen, die auf Verköstigung der Wirtschaften angewiesen sind, können bei den örtlichen Fleischamtwahlstellen ihre Bezugsmarkten in Wagnersfleischkarten umtauschen.

Nagold, den 15. Nov. 1918. Oberamtmann Ring.

Landesnachrichten.

Altensteig 19. November 1918

* Die württ. Verlautbarung Nr. 722 enthält u. a. folgende Namen: Andreas Pohner, Klosterreichenbach, inf. Krankheit gestorben. Friedr. Großhans, Oberweiler, l. v. v. v. Karl Selber, Halterbach, l. v. v. v. Alf. Andreas Seidmann, Heselbach, bisher vermißt, in Weins. Gef. Viktor Schlicht, Neuweiler, schw. v. v. v. Gef. Friedrich Baldsch, Stimmannsweiler, l. v. v. v. Ergt Georg Balz, Oberhardt, gefallen. Wilhelm Wurster, Agenbach, schwer verwundet.

kr. Versammlung Die zur Zweite einer freien Versammlung und zur Bildung eines Bürgerrats am Sonntagabend in den „Grünen Baum“ einberufene Versammlung wurde heute der heiligen Ginnahmerschaft, insbesondere auch von Seiten der Frauen, sehr zahlreich besucht. Vetter leitete die Versammlung mit Ansprache und Lesung. Einleitend gedachte er unserer tapferen Kämpfer, der fürs Vaterland gefallenen Helden und all' der Leiden, die der nun verlorenen Krieg im Gefolge hatte. Bezüglich der alten und neuen Staatsform müsse man sich abwenden, die Menschen würden überhaupt nie das erstrebte Glück finden. Das werde durch kein irgendwie geartetes Staatsgebilde erreicht werden. Der Redner forderte zu freier Aussprache auf über unsere gegenwärtige politische Lage, um dann im zweiten Teil der Verhandlungen auch die Notwendigkeit der Aufstellung eines etwaigen Bürgerrats zu erwägen. Zunächst ergriff Stadtpfarrer Haug das Wort um in längerer Ausführung über das Wesen der Monarchie und der Republik zu sprechen. Das neue Staatswesen dürfe nicht nur rot aussehen, es gehören auch andere Farben dazu; nicht bloß im Glücklich-Werden sondern auch im Mitleid-Nachen müssen die Menschen ihr Ziel suchen und finden. Vorkant Mäusle berichtete über die Vorgänge bei der Revolution in Ulm und über die Bildung der Soldatenräte, letztere seien ganz im Stillen organisiert worden. Die Soldatenräte haben eine schwierige Stellung, sie erblicken u. a. eine Hauptaufgabe darin, einen Sicherheitsdienst zu organisieren zum Schutze des Privatgüterums; es dürfe keine „rote Garde“ geben. Die Versammlung verließ in bester Ordnung. Schroffe Gegensätze kamen nicht zum Ausdruck. Einige Redner — u. a. Hauptlehrer Kächele — mahnten noch kurz zur Ruhe und Besonnenheit; die Bildung eines Bürgerrats sei keine Notwendigkeit. Das Hauptgewicht der künftigen Entscheidungen müsse auf die bevorstehenden Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung gelegt werden. Redor Vetter dankte der Versammlung für das große und Anteilnehmende Interesse und besonders den Rednern für ihre aufklärenden, beruhigenden und besonnenen Worte.

* Besetzung. In Ehren der aus dem Kriege zurückkehrenden Soldaten sind die Gebäude hier teilweise besetzt. — Die Entlassung der Mannschaften. Die Volksbeauftragten und der Volksgesundheitsrat des Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats geben bekannt: 1. Mannschaften, die dauernd Arbeitsdienst leisten, sind zu entlassen. Werden sie weiter beschäftigt, sind sie freie Arbeiter und als solche zu behandeln. 2. Mannschaften, die vorübergehend zu Arbeitsleistungen, die sonst Zivilarbeiter verrichten, herangezogen werden, erhalten für jede Arbeitsstunde 50 Pfg. Zulage. 3. Mannschaften, die sich freiwillig zu besonderem Sicherheitsdienst über ihren Entlassungstag hinaus mit 10-tägiger Kündigungspflicht verpflichten, können für diesen Dienst angenommen und kommandiert werden. Sie erhalten eine monatliche Löhnung von 30 Mark und eine tägliche Zulage von 5 Mark als Führer und 3 Mark als Mann. 4. Die Mannschaften beziehen, solange sie mobil sind, mobile Löhnung, soweit sie immobil sind, immobile Löhnung, jedoch Gehalte und Mannschaften monatlich 30 Mark.

— Die Tagesberichte der Obersten Heeresleitung bis zum Waffenstillstand haben die Zahl 1564 erreicht.

— Volkwehre. In Karlsruhe ist für den Sicherheits- und Wachdienst der Stadt die Errichtung einer Volkwehre von zunächst 1000 Mann beschlossen worden, deren Organisation der A.-S.-R. übernimmt. Die ständigen Mannschaften, die ein Kündigungsrecht von 14 Tagen haben, erhalten 10 Mark Taggeld. Sie haben die Rechte und Pflichten der staatlichen Polizeimannschaften.

— Die Beschlagnahme der Guthaben nicht beabsichtigt. Die Volksbeauftragten Ebert und Haase geben, um unzulässigen Gerüchten entgegenzutreten, bekannt: Es ist nicht beabsichtigt, Guthaben bei Banken und Sparcassen zu beschlagnahmen oder Kriegsanleihezeichnungen für ungültig zu erklären oder anzufassen. Die Ansprüche auf Gehalt und Pensionen jeder Art bleiben bestehen. Zur Deckung der Auslagen sollen die großen Vermögen und Einkommen auf schärfste herangezogen werden. Beschlagnahme von Privateigentum kann nur auf Grund amtlicher Verfügungen des Kriegswunderamts und der Gerichtsbarkeit gechehen. Man lasse sich nicht von verbrecherischen Eingriffen einschüchtern, sondern wie in solchem Falle sofort die Hilfe der Polizei an. Hebergriffe werden strengstens, sogar mit Erschießen bestraft.

— Kein Reichskanzler mehr. Der Volksbeauftragte Landsberg weist darauf hin, daß Amt und Titel eines Reichskanzlers nicht mehr bestehen. Die sechs Mitglieder der Regierung seien gleichgeordnet und die beiden Vorsitzenden, Ebert und Haase, gleichberechtigt.

— Abschaffung des Trinkgelds. Die Gastwirtschaften in Berlin verlangen die Abschaffung des Trinkgelds und Anstellung gegen festen Gehalt. Ferner soll die gewerksmäßige und private Stellungsvermittlung aufgehoben und das weibliche Dienstepersonal entlassen werden, das durch entlassene Kriegsteilnehmer ersetzt werden soll.

— Heber den Abschluß des Bildes in der Württembergischen Versammlung.

* Nagold, 18. Nov. (Bauerat.) Im Gasthof z. Traube fand am Samstag Abend eine Versammlung von Landwirten aus Nagold und Umgebung statt, in welcher ein Bauerat gewählt wurde, der Hand in Hand mit dem heiligen Arbeiter- und Soldatenrat arbeiten soll. Zum 1. Vorsitzenden wurde Hr. r Kaufner, zum 2. Vorsitzenden Herr Balch gewählt.

Ep. Nagold, 18. Nov. (Ein Unmenschen.) In Weiblingen hat ein fremder Mann zu drei Gebäuden an verschiedenen Stellen Feuer angelegt. Die Gebäude sind samt den Stallungen abgebrannt. Er versuchte dann zu entfliehen. Auf der Verfolgung schloß er mit einem Revolver einen Soldaten in den Fuß, so daß dieser ins hiesige Lazarett verbracht werden mußte. Der Unmensche entkam glücklich. Der hiesigen Landjägermannschaft gelang es jedoch, in Oberschwanden den mutmaßlichen Täter in der Person eines 20-jährigen Burschen aus Karlsruhe festzunehmen. Man fand bei ihm einen Revolver und einen Dolch. Nach seinen Angaben hat er die Häuser angezündet, weil er keine Arbeit gefunden habe.

* Nagold, 16. Nov. In der Sitzung der bürgerlichen Kollegien vom 8. d. M. wurde mitgeteilt, daß die Firma Gebr. Darr, Seifenfabrik, für die hies. Ausmarschieren 2000 M. und für die Kriegsgefangenen 500 M. gebeude habe.

* Calw, 18. Nov. (Vorstellung der Bewerber für die hiesige Stadtdorfschulstelle.) Die Bewerber um die hiesige Stadtdorfschulstelle stellten sich gestern nachmittags den Bürgern im Gasthof z. „Babilischen Hof“ vor. Es waren im ganzen 4 Bewerber, da die Herren Assessor Dranz, Schwanger und Assessor Otto-Stuttgart ihre Bewerbungen zurückgezogen hatten.

Rezingen Olt. Dorsb, 16. Nov. Vorgestern traf ein Trupp Bayern unter Führung eines Offiziers mit einem Viehtransport hier ein. Das Vieh sollte in hiesigen Stallungen untergebracht werden. Beim Appell stellte sich jedoch heraus, daß von den 250 Stück Vieh nicht weniger als 58 Stück fehlten. Der Offizier witterte und suchte, um heranzukommen, was das vermisste Vieh hingelommen sein mochte. Da löste ihn von einem seiner Getreuen die überzeugende Erklärung entgegen: „Herr Leutnant, da hint' wo mit vorbeikommen san, war a steile Böschung, und drunten a Fluß, da san etliche unterra'solln und derloss'n.“ — Die Gegend, in der den Bayern das Vieh zugeflogen ist, wird in nächste Zeit über Fleischmangel wohl nicht zu klagen haben.

(*) Stuttgart, 18. Nov. (Versammlungen.) Zahlreich waren die Versammlungen, die gestern in Stuttgart abgehalten wurden. In zwei großen Versammlungen, die im Kleinen Haus des Landestheaters und im Stadtparksaal stattfanden, verlangten die Frauen ihre Rechte. Frau Anna Bloß forderte, daß die Frau mehr als bisher zu den sozialen Einrichtungen als Mitarbeiterin und Mithelferin herangezogen werde. Frau Anna Lindemann behandelte das Problem: Ehe und Frauenrecht und behauptete, daß durch die politische Befähigung der Frau die Ehe nicht beeinträchtigt werde. Frä. Mathilde Planck sprach über den Völkerrfrieden, Frau Feida Berlin über Frauenbewegung.

Die Unabhängige Sozialdemokratie des Landes hielt im Halbmonatsaal der Zweiten Kammer einen von ca. 130 Vertretern besuchten Parteitag ab. Auf der äußersten Linken hatten die Vertreter der Spartakusleute Platz genommen. In einer Entschließung wurde die Einberufung eines deutschen Parteitages gefordert; die Versammlung betrachtet ihre Mitglieder der provisorischen Regierung als ihre Vertrauensleute und fordert von ihnen, daß sie im Sinne der Partei wirken und sie in ihrem Kampf bis zur Errichtung der sozialistischen Republik von ihrer Position aus unterstützen. Ferner wurde ein Antrag Talheimer von der Spartakusgruppe mit allen gegen zwei Stimmen angenommen, wonach die Partei sich prinzipiell auf den Boden der praktischen Richtlinien und des Aktionsprogramms des deutschen Spartakusbundes stellt; dagegen wurde ein zweiter Antrag Talheimer abgelehnt, der den Austritt Crispianus aus der gegenwärtigen Regierung und den Uebertritt der Partei der Unabhängigen zum Spartakusbund fordert.

Unter dem Vorsitz des Obermatrosen Schwegler tagten gestern in der Röhrenhale die hier anwesenden Angehörigen der Marine und des Seebataillons. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den Anhängern der Spartakuspartei, wobei es klar zum Ausdruck kam, daß die Matrosen ihr Vertrauen der gegenwärtigen Regierung schenken und gewillt sind, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. Eine Diktatur des Soldatenrats wurde abgelehnt.

Im Oberen Museum waren die Soldatenräte Württembergs mit etwa 120 Delegierten aus den verschiedenen Garnisonsstädten des Landes zusammengekommen. Der Vorsitzende der provisorischen Regierung, Minister Bloß, teilte mit, daß die Vorbereitungen für die Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung demnächst eingeleitet werden sollen, damit diese spätestens Anfangs Februar zusammentreten könne. Des weiteren sprachen Finanzminister Reiching und Abgeordneter Keil. Zum Schluß wurde ein Aktionsausschuß gebildet. In drei Wochen will der Landes-Soldatenrat wieder zusammentreten.

(*) Stuttgart, 18. Nov. (Zeitungsbeschlagnahme.) Die „Württ. Zeitung“ teilt mit, am letzten Donnerstag habe der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats in Stuttgart, bestehend aus dem inzwischen zurückgetretenen Kriegsminister Schreiner, Talheimer, Walcher, Flugmann und Anfried, die „W. Ztg.“ zu nötigen versucht, ihm die volle Verfügung über das Blatt und seine Einrichtungen zu überlassen, um statt der „Württ. Ztg.“ die „Rote Fahne“ herauszugeben. Es sei gelungen, das zu verhindern, doch sei der Verlag in die Zwangslage veretzt worden, den Satz und Druck der „Roten Fahne“ in der Druckerei vorzustellen. Die Versammlung des Soldatenrats am 17. Nov. hat mit allen gegen drei Stimmen die „Rote Fahne“ als amtliches Organ des Soldatenrats abgelehnt.

ep. Stuttgart, 18. Nov. (Umgabung der evangel. Arbeitervereine.) Die evangel. Arbeitervereine von Stuttgart und Umgebung nahmen in einer stark besuchten Versammlung nach einem Vortrag von Stadtpfarrer Hr. Esenwein und nach lebhafter Aussprache folgende Entschließung einstimmig an: „In Deutschlands schwerster Zeit halten wir es für unsere Pflicht, mit allen unseren Kräften am politischen und sozialen Neuaufbau unseres Volkslebens mitzuarbeiten. In diesem Sinne stellen wir uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen und hinter die neue Regierung. Wir erwarten die möglichst baldige Einberufung der konstituierenden Landesversammlung und der deutschen Nationalversammlung. Unsere Vereine werden nach wie vor besonders Bemühen darauf richten, daß die sittlich-religiösen Kräfte des Evangeliums in der Gestaltung unseres sozialen Volkslebens zur Auswirkung kommen.“

(*) Stuttgart, 18. Nov. (Verzögerung der Heimkehr.) Wie die Divisionskommandantur mitteilt, ist das Eintreffen württembergischer Truppen bei der schwierigen Betriebslage der Eisenbahnen in den nächsten Tagen noch nicht wahrscheinlich.

(*) Stuttgart, 18. Nov. (Herr v. Bayer.) Der Tögl. Rundschau zufolge wird sich Herr v. Bayer vom politischen Leben ganz zurückziehen und auch keine Kandidatur für die zu wählende Nationalversammlung annehmen.

(*) Stuttgart, 18. Nov. (Rücktritt.) Generalintendant Baron von Pulitz ist nach 27jähriger Bühnenseligkeit von seinem Amt zurückgetreten. Mit der Leitung des Landestheaters ist vom Kultminister vorläufig Geheimrat Stephanus beauftragt worden.

(*) Stuttgart, 18. Nov. (Schnee.) Gestern abend ist der erste Schnee gefallen.

(*) Ulm, 18. Nov. (Bürgerversammlung.) Ueber 3000 Männer und Frauen aus dem Bürgerstande folgten am Samstag abend der Einladung von Volkspartei, Zentrum und Nationalliberalen, die eine Bürgerversammlung im Saalbau veranstalteten. Die von der Versammlung gutgeheißen Entschließung lautet: Die Versammlung Ulmer Bürger anerkennt die neue Regierung als das, was sie sich ausgibt: als vorläufig. Sie bittet alle berufenen Kräfte, besonders die Arbeitgeber und die Stadterwaltung, in den Plänen und Sorgen für Arbeitsbeschaffung nicht zu erlahmen; auch empfiehlt sie den Machthabern von heute eindringlich, sich der gleichberechtigten Mitarbeit des gesamten Volks zu verschließen. Die Versammlung verlangt von der vorläufigen Regierung eine ungewöhnliche Erklärung, daß sie mit Volkswohlfahrtsgedanken, die dem schwebenden Volke fern sind, nichts zu tun hat und nichts zu tun haben will. Sie verlangt außerdem die möglichst baldige Ausschreibung von Wahlen verfassunggebender Versammlungen fürs Reich als für Württemberg, das seit 100 Jahren die reichsten politischen Einrichtungen in Deutschland hat und nicht gewohnt ist und es nie dulden würde, sich von einem engumgrenzten Kreis bevormunden zu lassen.

(*) Freiburg, 18. Nov. (Die Ankunft der Truppen.) Im reichsten Naggen- und Gaislanden schmund empfängt Freiburg die ein- und durchziehenden deutschen Truppen. Mit Blumen und Fähnchen geschmückt zieht Regiment auf Regiment unter Musikbegleitung durch die Straßen. In Zucht und Ordnung lehren die Truppen heim, von einer nach vielen Tausenden zählenden Menschenmenge jubelnd begrüßt. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Arbeiter- und Soldatenrat von Freiburg in musterghätiger Weise seiner Aufgabegabe gerecht wird. Verpflegung und Unterbringung der teils durch schwierige Bahnsahrt, teils durch Zufmarsch ermüdeten Krieger ist vorzüglich organisiert, und die Freiburger Bürgerschaft weitest mit den Behörden, den heimkehrenden freundliche und wohlthuende Eindrücke gewinnen zu lassen. Inzwischen nimmt der staatliche und städtische Verwaltungsapparat Hand in Hand mit dem Privatbetrieb seinen geordneten Fortgang. Dem Verhalten nach wird demnächst auch Freiburg dem Beispiele Mannheims folgend einen Bürgerausschuß bilden, der sich in tatkräftiger Mitarbeit dem Arbeiter- und Soldatenrat angliedern wird.

Mühlheim, (Baden), 17. Nov. Laut Bekanntmachung ist ab heute der Eisenbahnverkehr für Zivilpersonen nach dem Elßah eingestellt. Die Schnellzüge verkehren für Militärpersonen. Für den Personenverkehr fahren nur zwei Personenzüge nach Freiburg i. B.

Bermischtes.



Die neuen Schulverordnungen des Kultministers in Preußen, Abg. Hofmann (Unabh. Soz.) verbieten im Geschichtsunterricht jede Verherrlichung des Kriegs, besonders des Weltkriegs; derartige Bücher sind aus den Bibliotheken der Schulen zu entfernen. Im Unterricht darf überhaupt nichts vorgelesen werden, was der Revolution abträglich wäre oder die Gegenrevolution fördern könnte. Bis zur völligen Trennung von Kirche und Schule sind die Kinder von Andersgläubigen und Konfessionslosen ohne weiteren Nachweis vom Religionsunterricht zu befreien.

Die Jungmannen. Der neue Polizeipräsident von Frankfurt a. M., Dr. Einzheimer, hat die militärische Vorbildung der Jugend und das Tragen von Uniformen und Abzeichen der Jungmannen verboten.

Kirchenfeindschaft. Als am Sonntag Oberhofprovisor Dr. Organder im Berliner Dom den Gottesdienst abhielt, unterbrach ihn ein Mann und hielt von der Empore aus eine Ansprache, die mit den Worten schloß: „Jesus Christus ist uns Wurst!“ Die Gemeinde stimmte sofort den Choral an „Ein feste Burg ist unser Gott“. Der Urheber der Ausschreitung bekannte sich als den Gründer einer „Gesellschaft freie Erde“, der den Geistlichen das Recht abstreitet, in ihrer Kirche allein und ohne Gegenseite sprechen zu dürfen.

Eine „Häne der Revolution“. Das Gericht des Arbeiter- und Soldatenrats in Hannover fällt sein erstes Urteil. Angeklagt war der Landsturmmann Bernhard Jastens, der schon in seinem Zivilleben erhebliche Vorstrafen wegen schweren Diebstahls erlitten hat. Er wurde zuletzt im April 1918 vom Oberkriegsgericht zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei den Unruhen am 7. November erhielt er die Freiheit, die er sofort zu Plünderungs- und Raubzügen benutzte. Das Gericht verurteilte den schweren Verbrecher, den es „eine Häne der Revolution“ nannte, zum Tode. Das Urteil wurde bereits vollstreckt.

Erstickt. In dem Kruppischen Arbeiterheim Alfredshof sind 10 Arbeiter, die die Räume gegen Ungeziefer mit Gas ausräuchern wollten, erstickt.

Zigarettendiebstahl. In einem Expeditionslager in Koblenz sind 6 Millionen Zigaretten gestohlen worden.

Letzte Nachrichten.

* Berlin, 18. Nov. Nach einer Meldung des Berliner Volkanzeigers aus Posen entwickelte sich am Velleidungsbau, als eine plündernde Bande sich den Anschein gab die Wache ablösen zu wollen, ein Feuergefecht mit der Wache, bei dem mehrere Soldaten getötet und verwundet wurden.

Madrid, 19. Nov. In Valencia di Alicante sind Nachrichten aus Lissabon eingetroffen, daß gestern in Portugal der Generalkrieg begonnen habe. Der Verkehr und die Verbindungen sind unterbrochen.

* Berlin, 19. Nov. Wie dem Berliner Tageblatt aus Mannheim berichtet wird, treffen dort täglich größere Truppenmassen mit der Bahn ein. Ankunft und Weitertransport gehen in vollster Ordnung vor sich. Die Entkommenden Truppen werden von Vertretern des A. und S. Rats begrüßt, ausgiebig verpflegt und ohne größeren Aufenthalt mit der Bahn weitertransportiert. Störungen irgendwelcher Art sind bisher nirgends vorgekommen. Die Truppen sind in bester Fassung und in froher Stimmung.

* Berlin, 19. Nov. Dem Berliner Tageblatt zufolge bringt ein hervorragendes italienisches Blatt an leitender Stelle einen Londoner Brief über die Lage in England. Diese zwingt der Regierung Mäßigung gegenüber Deutschland auf, da Englands Zukunft nicht sicher sei, wenn sie auf der Schwächung Deutschlands beruhe.

Mutmaßliches Wetter.

Die Wetterlage wird jetzt durch die Störungen beherrscht. Am Mittwoch und Donnerstag ist weiterhin nachts und mit vereinzelt Schneefällen verbundenem Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag von M. Necker'schen Buchdruckerei, Stuttgart.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.



Beeilen Sie sich

unsere Zeitung „Aus den Tannen“ zu bestellen, wenn Sie noch nicht zu den Lesern unserer Zeitung gehören.



Heranziehung der großen Vermögen und Einkommen.

Um den umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung:

1. Wir beabsichtigen nicht die Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben, von Vorräten an Geld oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen.

2. Wir beabsichtigen nicht, Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe oder Kriegsanleihen überhaupt für ungültig zu erklären oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzutasten. Die Regierung beabsichtigt jedoch die großen Vermögen und Einkommen aufs schärfste zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen.

3. Gehalts-, Pensions- und sonstige Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten, Offiziere und anderen Personen des Soldatenstandes, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Berlin, 15. Nov. 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten:
Ebert. Haase.

Hornberg, den 18. Nov.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Johannes Blaidh

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 26 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
der Vater:

Jakob Blaidh.

Beerdigung Mittwoch Nachmittag 2 Uhr.

Zumweiler.

Danksagung.



Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir bei dem unerwarteten Hinscheiden unseres lieben Vaters, Bruders und Onkels

Friedr. Großmann, Schreiner

erfahren durften, sowie für die tröstenden Worte des Herrn Pfarrers und den Gesang der Schüler sagen innigsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Hübsche, billige und bessere

Photographie-Rahmen

empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.

Altensteig.

Lederfett

Dosen 1/2 Pfund bis 5 Pfund

Wagenfett

2 Pfund bis 5 Pfund

Riemenwachs

Schuhcreme

Maschinen- u.

Motorenöl

sowie

Pferde- und Viehstrangen

verkauft billigt

Ehr. Seeger
b. Schützen.

Verloren

ging vor 8 Tagen auf dem Wege von Oberweiler nach Zimmersfeld ein blauer

Dachenteppich.

Der redliche Finder wird gebeten, denselben abzugeben bei

Wurster z. Hirsch
in Oberweiler.

Altensteig.

Sigbadewanne

verkauft

Friseur Rirn.

Martinsmoos.

Ein Paar



Ochsen

gut im Zug, ca. 31 Ztr., verkauft
Luz.

Mädchen gesucht.

Ein fleißiges Mädchen nicht unter 17 Jahren, für Haus und kleinere Landwirtschaft zum baldigen Eintritt gesucht.

Karl Simmendinger
Mühle, Rohrdorf,
b. Rogold.

Gute, Schreibfähige

Briefpapiere

und

Briefumschläge

sowie

Kanzleipapiere

liniert und unliniert

Amtsumschläge

in guter Qualität

Briefmappen

in Füllungen mit prima Briefpapier und Umschlägen

Briefpapier-Schachteln

(Kassetten)

und gediegener Auswahl empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung
Papier- und Schreibwarenhandlung
Altensteig.

Hornberg.

Todesanzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Sohn und Bruder

Jakob Friedr. Bäuerle

im Alter von 28 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen

die Eltern:

Joh. Georg Bäuerle und Frau
mit Geschwister.

Beerdigung Donnerstag Mittag 12 Uhr.

Altensteig.

Danksagung.

Für alle erwiesene Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter



Barb. Rothfuß

Witwe

sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Walddorf.



Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme infolge des Verlustes unseres lieben Sohnes, Bruders u. Schwagers

Sergt. Joh. Schuler

welche uns an seiner Trauerfeier, sowie vor und nach derselben, von allen Seiten erwiesen wurde, sage ich im Namen all seiner Angehörigen innigsten Dank

der Vater:

Johs. Schuler, Gemeinderat.

Beuren.



Danksagung.

Für die viele, herzliche Teilnahme, infolge des Verlustes unseres lieben, unvergesslichen Sohnes, Bruders u. Schwagers

Gefreiter Jakob Seeger

welche uns an seiner Trauerfeier von allen Seiten erwiesen wurde und für die tröstlichen Worte des Herrn Pfarrers Schmid sagen wir innigsten Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.